

Helmut Kohl: Wir setzen Information gegen Agitation

Eine positive Bilanz der jetzt dreijährigen Amtszeit der CDU-geführten Bundesregierung zog Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem CDU-Bundesvorstand, der am 12. und 13. Oktober 1985 zu einer zweitägigen Klausurtagung im pfälzischen St. Martin zusammengetreten war. Der Parteivorsitzende erwähnte insbesondere die grundlegende Neuorientierung der Familienpolitik, die den Weg zu einer kinderfreundlichen Gesellschaft und zu tatkräftigen Maßnahmen für die Gleichberechtigung der Frauen geöffnet habe.

Als erfolgversprechend wertete Helmut Kohl die positive Entwicklung auch der Binnenkonjunktur. In der Wirtschaftspolitik sei der psychologische Durchbruch gelungen. Insgesamt seien gute Voraussetzungen geschaffen worden, auch künftig neue Arbeitsplätze zu schaffen und des Problems der Arbeitslosigkeit zunehmend Herr zu werden.

In diesem Zusammenhang ging der Bundeskanzler auch auf die Aktionswoche des DGB ein. Die CDU suche den Streit mit dem DGB nicht, nehme aber die Auseinandersetzung ohne Wenn und Aber an. Für diese Auseinandersetzung habe die CDU gute Argumente:

■ Die Wirtschaft wächst, die Preise sind stabil, die Renten sind sicher, die Zahl der Beschäftigten steigt, für 99,5 Prozent der Jugendlichen gibt es Lehrstellen, die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik sind in den letzten drei Jahren von 6,9 auf 9,3 Milliarden Mark gestiegen, jede dritte Mark im Bundeshaushalt wird für soziale Belange ausgegeben.

30 Jahre Bundeswehr

Am 12. November begeht die Bundeswehr ihr 30jähriges Bestehen. Dieses Jubiläum bietet den CDU-Verbänden viele Gelegenheiten, diesen Tag mitzugestalten. Die Möglichkeiten reichen von der Presse-Erklärung über Grußworte an Soldaten und Reservisten bis zur Durchführung publikumswirksamer Veranstaltungen.

Hierzu sind in dieser UID-Ausgabe einige Vorschläge genannt. Sie sind als Anregung gedacht oder als Ergänzung zu Veranstaltungen, die in CDU-regierten Städten von Rat und Verwaltung veranlaßt und organisiert werden.

Hier noch ein Tip: In den Tagen vor und nach dem eigentlichen Jubiläum werden mit Sicherheit schon sehr viele Veranstaltungen durchgeführt. Überlegen Sie daher, ob der Beitrag, den Sie leisten wollen, nicht auch zu einem anderen Zeitpunkt stattfinden kann. Schließlich will die CDU ihre Verbundenheit mit den Soldaten der Bundeswehr auch über den Jubiläumsanlaß hinaus beweisen.

Offensive '87 wird fortgesetzt

Über Verlauf und Ergebnisse der Sitzung berichtete Generalsekretär Heiner Geißler vor der Presse in Bonn unter anderem folgendes:

Der Bundesvorstand ist aufgrund meines Vortrages zu dem Ergebnis gekommen, ein erstes Wahlkampfkonzept für die Bundestagswahl 1987 bis Ende Januar 1986 zu erarbeiten und in einer Klausurtagung abschließend zu beraten. Dabei geht der Bundesvorstand davon aus, daß der Wahlkampf nach der Sommerpause 1986 beginnen wird und die davor liegende Zeit der Einstimmung und Information der eigenen Mitglieder und der Bürger dienen soll. Deshalb soll die bereits begonnene Offensive '87 mit der Beschäftigungsaktion 10 000, der Umweltaktion für eine lebenswerte Zukunft und der Frauenaktion bis ins nächste Frühjahr hinein fortgesetzt werden.

Für ein gemeinsames Wahlprogramm von CDU und CSU

Ausgangspunkt für die politische Auseinandersetzung in der Bundestagswahl 1987 wird das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU sein. Der CDU-Bundesvorstand wird der CSU deshalb vorschlagen, wie in allen vorangegangenen Bundestagswahlen seit 1972, ein gemeinsames Wahlprogramm zu erarbeiten. Der Programmentwurf wird seitens der CDU von einer Kommission unter Leitung des Generalsekretärs erarbeitet werden, deren Mitglieder im November berufen werden sollen. Es ist beabsichtigt, das gemeinsame Programm bis zum Sommer 1986 zu verabschieden.

Das Grundthema des Wahlprogramms ist: Deutschland als moderne Industrienation und als Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Außerdem war sich der Bundesvorstand darüber einig, daß der

Einen Tag nach Beginn der DGB-Aktionswoche, die nach Ansicht der CDU eine Agitationswoche ist, kommt dieser Aufklärungsaktion der Partei besondere Bedeutung zu. **Wir setzen Information gegen Agitation. Denn die CDU sieht in der DGB-Aktionswoche nichts anderes als einen beginnenden Vorwahlkampf des DGB für die SPD. Der DGB muß sich bewußt sein, daß er durch dieses Verhalten den Gedanken der Einheitsgewerkschaft gefährdet.**

Angesichts des deutlich erkennbaren Aufschwungs appelliert die CDU an die Tarifpartner, sich der gemeinsamen Verantwortung bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze und bei der langfristigen Sicherung unseres Sozialsystems bewußt zu sein. Deshalb ist eine Phase der Kooperation und nicht der Konfrontation gefragt. Wichtige Themen der politischen Auseinandersetzung wird die CDU in einer Reihe von Kongressen in den nächsten Monaten zur Diskussion stellen.

Außen- und Sicherheitspolitik angesichts des Kurswechsels der SPD in diesen Lebensfragen der Nation eine besondere Bedeutung zukommt.

Die SPD ist tief zerstritten

Der Bundesvorstand befaßte sich eingehend mit dem Zustand der SPD und ihrer zu erwartenden Wahlkampfstrategie. Diese zielt nach derzeitigem Kenntnisstand darauf ab, die tiefe Zerrissenheit der SPD und die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie in zwei einander widersprechende Gruppen zu überdecken. Auf der einen Seite steht der neutralistisch-sozialistisch ausgerichtete Mehrheitsflügel der Sozialdemokratie mit eindeutigen Sympathien für grüne Ideen der Systemveränderung, auf der anderen Seite stehen die Reste der traditionell aus der Arbeiterschaft

stammenden Sozialdemokraten, die, obwohl sie den größeren Teil der sozialdemokratischen Wählerschaft darstellen, kaum noch zu Wort kommen.

Die SPD wird versuchen, mit einer Doppelstrategie, die sowohl die Sympathisanten der Grünen wie auch die Randwähler der Union ansprechen soll, ihren Wahl-

Um die Perspektiven künftiger Landwirtschaftspolitik

In einer mehr als fünfständigen Grundsatzdiskussion, an der auch der Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle, Agrarexperten der Bundestagsfraktion und Agrarexperten der Union teilnahmen, befaßte sich der Bundesvorstand mit Perspektiven künftiger Agrarpolitik. Die CDU war und ist auch in Zukunft die Partei, die für die Sicherung der Existenzgrundlagen des bäuerlichen Familienbetriebes eintritt. Die CDU wird künftig über die traditionelle Agrarpolitik hinaus

kampf zu führen. Der CDU-Bundesvorstand ist sich darin einig, daß dieser Strategie eine gezielte Auseinandersetzung über die politischen Inhalte entgegengesetzt werden muß, im Bereich der Wirtschaft ebenso wie im Bereich der Außenpolitik, wo breite Teile der SPD ins neutralistische Fahrwasser abdriften.

(Preis-, Mengen- und Steuerpolitik) auch folgende Punkte berücksichtigen:

- nachwachsende Rohstoffe
- umweltpolitische Aspekte als Leistung der Agrarwirtschaft zur Pflege der Landschaft.

Es soll gemeinsam mit der CSU eine Arbeitsgruppe unter der Federführung von Ministerpräsident Ernst Albrecht gebildet werden, die die Aufgabe hat, dem Bundesvorstand bis zum Ende des Jahres entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Die Renten sollen auch im Jahr 2000 noch sicher sein

Die Renten sind nach Auffassung des Bundesvorstandes der CDU aufgrund der Konsolidierungspolitik der Bundesregierung wieder sicher. Diese Politik hat auch die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die notwendige Zeit für eine solide Strukturreform auf der Grundlage unseres bewährten sozialen Sicherungssystems vorhanden ist. Dies war das übereinstimmende Ergebnis einer mehrständigen Diskussion über die Rentenpolitik. Unbestritten war, daß die veränderten demographischen Bedingungen Auswirkungen auf die langfristige Finanzierung der Rentenversicherung haben können, wenn sich diese Bedingungen nicht ändern. Der Zusammenhang zwischen Renten- und Familienpolitik wurde vom Bundesvorstand der CDU als die wichtigste Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Generationenvertrages angesehen.

Die Rente muß als Lohnersatz im Alter

Ergebnis der Lebensarbeitsleistung des Menschen bleiben. Das Modell einer Grundrente fand in der Diskussion keine Zustimmung. Um die veränderten demographischen Bedingungen und deren Auswirkungen bewältigen zu können, bedarf es keiner grundsätzlich neuen Struktur der Rentenversicherung. Sie kann vielmehr im Rahmen der bisherigen bewährten Rentenkonzeption gestaltet werden.

Der Generalsekretär wurde beauftragt, zusammen mit Dr. Albrecht, Dr. Blüm, Dr. Stoltenberg, Prof. Biedenkopf, Senator Fink, Frau Verhülsdonk dem Bundesvorstand aufgrund des Kommissionsberichtes und der mehrständigen Diskussion bei der Vorstandssitzung bis Januar einen Vorschlag zu erarbeiten, der sicherstellt, daß auch über das Jahr 2000 hinaus die heutigen und zukünftigen Beitragszahler mit einer sicheren Rente rechnen können.

Zur Sache:

Dank an unsere Soldaten!

30 Jahre Bundeswehr – 30 Jahre Sicherheit in Frieden und Freiheit

Seit ihrer Gründung 1955 sichert die Bundeswehr gemeinsam mit den westlichen Verbündeten unseren Frieden in Freiheit. Rund fünf Millionen Bürger haben in der Bundeswehr ihre Wehrpflicht erfüllt oder als Zeit- oder Berufssoldaten gedient. Sie haben damit unseren demokratischen Rechtsstaat und unsere freiheitliche Lebensordnung verteidigt. Gleichzeitig schützen sie aber auch die Freiheit derjenigen, die den Dienst mit der Waffe aus Gewissensgründen ablehnen.

Die Sicherheitspartnerschaft mit den westlichen Demokratien gründet auf gemeinsamen Wertentscheidungen. Sie verbürgt seit einer Generation die Sicherheit des Westens vor der sowjetischen Bedrohung.

Leistung und Qualität der Bundeswehr haben entscheidend dazu beigetragen, daß die Bundesrepublik Deutschland ein Partner im Bündnis ist, dessen Stimme gehört wird.

Die Bundeswehr hat einen anerkannten Platz in unserer Gesellschaft. Sie genießt das Vertrauen unserer Bevölkerung. Dazu trägt auch bei, daß Soldaten der Bundeswehr immer wieder sowohl im Inland wie im Ausland Hilfe in Not- und Katastrophenfällen geleistet haben.

Gemeinsam mit ihren Familien waren unsere Soldaten häufig besonderen Belastungen ausgesetzt und haben in ihrem Dienst persönliche Opfer erbracht. Ihnen gehören heute unser aufrichtiger Dank und unsere Anerkennung.

„Ohne die Bundeswehr hätte es für uns nicht über dreißig Jahre Frieden gegeben. Und ohne die Bundeswehr gibt es auch in der Zukunft keinen Frieden. Wer für Frieden in Freiheit steht, braucht sich nicht zu verstecken. Der Dienst in der Bundeswehr ist Friedensdienst und damit Ehrendienst.“

*(Bundeskanzler Helmut Kohl,
Regierungserklärung am 13. Oktober 1982)*

CDU
II sicher
sozial
und frei

Mustergrußwort an die Soldaten

Anrede, Glückwunsch und Würdigung

Sie begehen heute den 30. Jahrestag der Gründung der Bundeswehr. Gemeinsam mit Ihnen schaut die Christlich Demokratische Union zurück auf drei Jahrzehnte der gesicherten Freiheit und des menschenwürdigen Friedens. Sie, die Soldaten der Bundeswehr, haben dies durch Ihren Dienst und Ihren Einsatz ermöglicht.

Die herzlichen Glückwünsche der CDU an Sie zu diesem heutigen Jubiläum verbinden sich daher mit dem tiefen Gefühl des Dankes und der Dankbarkeit an alle, die in der Bundeswehr als Berufs- und Zeitsoldaten oder in Erfüllung ihrer Wehrpflicht Dienst leisten oder geleistet haben. Sie alle haben erfahren, daß Freiheit kein Geschenk ist, sondern Opfer verlangt. Wir stellen heute mit Genugtuung fest, daß sich diese Opfer gelohnt haben, denn wir Deutschen wissen aus leidvoller Erfahrung, was es heißt, die Freiheit zu verlieren.

Kennzeichnend für die Bundeswehr ist nicht nur die feste Einbindung in das westliche Bündnis, sondern auch die Integration in unsere Gesellschaft. Beides sind entscheidende Elemente unserer Friedenspolitik.

Keine Armee der deutschen Militärgeschichte war so tief und so fest mit der Gesellschaft verbunden wie die Bundeswehr. Der Primat der Politik und der Grundsatz des Staatsbürgers in Uniform sowie das Prinzip der Wehrpflicht haben entscheidend dazu beigetragen, daß die Bundeswehr

eine Armee für die Demokratie wurde. Zwischen den Soldaten und der übrigen Bevölkerung gibt es keine Kluft, denn gemeinsam sind wir Bürger dieses demokratischen Staates.

Würdigung des ortsansässigen Bundeswehrverbandes/der Verbände/Einrichtungen

■ Eingehen auf Rolle und Bedeutung des Verbandes für den Verteidigungsauftrag

■ Würdigung besonderer Einsätze der Bundeswehrsoldaten, z. B. bei Katastrophen (Feuer/Waldbrände/Stürme/Überschwemmungen etc.)

■ Würdigung der Leistungen einzelner Soldaten, z. B. von Kommandeuren, die besonders hervorgetreten sind

■ Bezug zum Kreis, zur Gemeinde/Stadt herstellen, z. B. die Einbindung der Bundeswehr in das politische und gesellschaftliche oder sportliche Leben der Stadt/Gemeinde ansprechen.

Ausblick

Wir, die Christliche Demokratische Union, stehen weiter fest an der Seite der Soldaten unserer Bundeswehr. Wir treten auch zukünftig für eine Bundeswehr ein, die fest im westlichen Bündnis verankert ist, deren Soldaten als Staatsbürger in Uniform für Frieden und Freiheit eintreten und deren Wehrpflichtige in ihrem Dienst einen sinnvollen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Verteidigung sehen.

30 Jahre Bundeswehr am 12. November 1985 – Was CDU-Verbände tun können

1. Die CDU gratuliert

Glückwunschschriften an Bundeswehreinrichtungen

Offizielle Glückwunschschriften vom CDU-Kreisverbandsvorsitzenden an im Verbandsgebiet ansässige Bundeswehreinrichtungen dokumentieren Verbundenheit. Hierzu können Sie das Mustergrußwort benutzen.

Glückwunschschriften an Reservistenverbände

Auch Reservisten begehen dieses Jubiläum. Denken Sie deshalb auch an sie.

Die Geschäftsstellen von nahegelegenen Bundeswehr-Einrichtungen geben Ihnen sicherlich gerne die Anschriften von Reservistenverbänden. Auch hier kann das Mustergrußwort als Vorlage dienen.

Musterpresseerklärung

Vor drei Jahrzehnten fiel die Entscheidung über die wichtigsten Prinzipien der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland: Dem Beitritt zur Westlichen Allianz folgte der Aufbau der Bundeswehr und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Die Geschichte der letzten 30 Jahre hat die Richtigkeit dieser Entscheidung eindrucksvoll bewiesen. Unter dem Schutze der Allianz konnte sich unser Staat zu einer stabilen freiheitlichen Demokratie entwickeln. Die Bundeswehr als wirksames Instrument der Friedenssicherung hat entscheidend dazu beigetragen. Mit ihrer Einsatzbereitschaft und militärischen Leistungsfähigkeit leisten unsere Soldaten ihrem Vaterland einen unvergleichlichen Dienst, sie leisten aktiven Friedensdienst.

Die Bundeswehr begeht ihr 30jähriges Bestehen in einer Situation, in der der sicherheitspolitische Grundkonsens der Parteien durch die SPD einseitig aufgekündigt worden ist. Während wir Christlichen Demokraten seit Gründung der Bundeswehr die Prinzipien der Bündnisintegration und der Wehrpflicht unterstützen und weiterentwickeln, werden Verteidigungsauftrag und Bündnisintegration der Bundeswehr von den Sozialdemokraten zunehmend und immer offener in Frage gestellt. Wir Christlichen Demokraten lehnen Vorschläge ab, die wegführen von der jetzigen Form und Führung unserer Streitkräfte. Sie dienen weder unserer Sicherheit noch lösen sie die eigentlichen Probleme der Bundeswehr, die in den neunziger Jahren auf sie zukommen.

Hierzu gehört auch die Sicherstellung der Friedensstärke der Bundeswehr durch die Verlängerung der Wehrpflicht. Wir wissen, daß dies für die jungen Männer ein Opfer ist, das sie für unseren Staat erbringen. Aber nur eine wehrhafte und zur Verteidigung bereite Demokratie kann die Freiheit sichern. Die Bundeswehr ist und bleibt das entscheidende Instrument für diese Politik. Wir wollen auch in Zukunft, daß die Bundeswehr ihren Auftrag erfüllen kann den Frieden in Freiheit sichern.

Offene Briefe

Glückwunschschriften in Form von offenen Briefen in der regionalen Tagespresse sind sehr öffentlichkeitswirksam. Verbundenheit und Würdigung lassen sich so sehr gut dokumentieren.

Presse-Erklärung

Am 12. November sollte der Kreisvorsitzende zur Gründung der Bundeswehr eine Presseerklärung abgeben. (Siehe Muster-Presseerklärung)

2. Die CDU feiert

Empfang für die Soldaten

Geben Sie einen Empfang für Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaftsdienstgrade örtlicher Bundeswehreinrichtungen sowie auch für Reservisten, die gerade die Bundeswehr verlassen.

Frühschoppen für Reservisten in den Heimatorten

Auch außerhalb der Standorte können Sie die Soldaten ansprechen. In ihren Heimatorten können Sie Reservisten zu einem Frühschoppen einladen und dabei Dank sagen für ihren Dienst.

Disco für Wehrpflichtige

Viele Wehrpflichtige freuen sich bestimmt, wenn die örtliche CDU (JU) ihnen nach Feierabend ein flottes Tanzvergnügen anbietet. Eine solche Disco-Party gibt ihnen die gute Gelegenheit, aus ihrem Kasernendasein herauszutreten.

Standortkonzert

Hat die Bundeswehreinheit in ihrem Ort eine Band oder ein Orchester, so können Sie die Musikanten dazu einladen, ein Konzert zu veranstalten, dessen Organisation sie übernehmen. So wird die Musik zu einem Band, das Bevölkerung und Bundeswehr zusammenbringt.

3. Die CDU besucht die Bundeswehr

Beteiligung der CDU an Tagen der offenen Tür

Viele Bundeswehreinrichtungen führen zum 30jährigen Jubiläum sicherlich solche Tage durch. Laden Sie die eigenen Mitglieder dazu ein, gemeinsam an einem solchen Tag teilzunehmen (auch die der Jungen Union)!

Besuch bei der Bundeswehr

Führen Sie als CDU-Verband einen Informationsbesuch bei der Bundeswehr durch. Laden Sie Ihre Mitglieder dazu ein.

4. Die CDU informiert

Informationsveranstaltungen

z.B. über Berufe und Berufsausbildung in der Bundeswehr. Die Junge Union könnte eine solche Veranstaltung mit Vertretern der Bundeswehr (z. B. mit Jugendoffizieren) initiieren.

Telefonaktion

Viele junge Bürger haben Fragen zur Wehrpflicht oder zu Ausbildungsmöglichkeiten bei der Bundeswehr. Organisieren Sie zusammen mit der Bundeswehr oder den Kreiswehr-Ersatz-Ämtern eine Telefonaktion: Bürger fragen — die Bundeswehr antwortet.

Holen Sie z. B. einen Jugend- oder Presseoffizier Ihrer Region in die Geschäftsstelle. Stellen Sie bei dieser Aktion auch den lokalen Bezug her (Was bedeutet die Bundeswehr für unsere Heimat?).

CDU-Zeitung

Zahlreiche CDU-Verbände machen ihre Presse mittlerweile selbst. Sie geben eine eigene lokale CDU-Zeitung heraus. Nehmen Sie in einer der kommenden Ausga-

ben das Thema 30 Jahre Bundeswehr auf. Lassen Sie Mitglieder, die die Bundeswehr kennen, dort berichten oder geben Sie Tips und Ratschläge.

5. Weitere Aktionen

Leserbriefe von CDU-Mitgliedern

Die Presse wird das Thema 30 Jahre Bundeswehr sicherlich verstärkt aufgreifen. Antworten Sie deshalb auf Leserumfragen und schreiben Sie Leserbriefe, besonders, wenn unsere Soldaten und die Bundeswehr unqualifiziert angegriffen werden. Diese Zuschriften werden in Zeitungen und Zeitschriften immer stark beachtet.

Gemeinsame Sportfeste

Führen Sie Sportfeste durch. Bei einem Fußballturnier mit Bierzelt oder einem Familien-Trim-Dich mit gemütlichem Ausgang macht jeder gerne mit.

Jede Gelegenheit nutzen

Veranstaltungen, die ohnehin von Ihrem Verband geplant sind, bzw. durchgeführt werden, wie z. B. Mitgliederveranstaltungen, Vorstandssitzungen, Diskussionsveranstaltungen, Woche der CDU oder Informationsstände lassen sich z. B. durch Einladen von Vertretern der Bundeswehr auch für das Thema nutzen.

Wenn Sie weitere Fragen haben — z. B. bei der Referentenvermittlung für Podiums- oder Diskussionsveranstaltungen — rufen Sie uns an: Tel. (02 28) 54 44 59. Anregungen und auch Unterstützung erhalten Sie auch bei den sicherheitspolitischen Ausschüssen und Arbeitskreisen der Landes- und Kreisverbände. Hier die Anschriften der Vorsitzenden:

Hans-Otto Klos
Schönebecker Kirchweg 7
2820 Bremen
Landesverband Bremen

Peter Hoffmann
Feldstraße 11
3006 Burgwedel
Landesfachausschuß Außen- und
Sicherheitspolitik Niedersachsen

Friedrich Geisler
Windmühlenweg 35
3380 Goslar
AK Sicherheitspolitik CDU-Kreisverband
Goslar

Reinhard Schmidt
Forchenweg 5
7208 Spaichingen
Komm. Vorsitzender
des Bezirksausschusses Sicherheits- und
Verteidigungspolitik in Oberkirch

Friedrich Klein
Belchenstraße 9
7800 Freiburg
Stellvertretender Vorsitzender
des Bezirksausschusses Sicherheits- und
Verteidigungspolitik in Oberkirch

Peter Ebeling
Martin-Luther-Straße 95
7000 Stuttgart 50
Vorsitzender des Fachausschusses für
Verteidigungspolitik im Bezirksverband
Nordwürttemberg

Paul Breuer MdB
Spechtweg 8
5900 Siegen 21
Vorsitzender des Landesausschusses
Sicherheitspolitik Westfalen-Lippe

Peter Bensmann
Schulstraße 55
4750 Unna-Lünern
Stellvertretender Vorsitzender des
Landesfachausschusses Sicherheitspolitik
Westfalen-Lippe

Rolf-Rüdiger Reichardt
Tulpenweg 25
2072 Bargteheide
Vorsitzender des Landesfachausschusses
Sicherheitspolitik Schleswig-Holstein

Zeitungsflugblatt

Als Massenverteilmittel produziert die CDU-Bundesgeschäftsstelle zur Zeit ein aktuelles zweiseitiges Zeitungsflugblatt, das Ende Oktober ausgeliefert wird. Über die Kreisverbände wurde hierzu bereits eine Bedarfsermittlung durchgeführt und der Bundesgeschäftsstelle mitgeteilt. Wenden Sie sich daher bitte zunächst an Ihren Kreisverband, um festzustellen, ob dieser das Zeitungsflugblatt bereits bestellt hat. Sollte dies nicht der Fall sein, können Sie das Massenverteilmittel direkt beim IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold, bestellen.

Best.-Nr.: 2712

Mindestabnahme: 250 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 8,50 DM

Helmut Kohl gratuliert chilenischen Christdemokraten zum 50jährigen Bestehen

Viel Erfolg beim Kampf für Demokratie, Frieden und Freiheit in Chile hat Bundeskanzler Helmut Kohl den Christdemokraten in dem südamerikanischen Land gewünscht. In einem Telegramm gratulierte Kohl dem Vorsitzenden der chilenischen Christdemokraten, Gabriel Valdes, zum 50. Jahrestag der Parteigründung. Er nannte dieses Datum einen wichtigen Markstein, der zugleich Zeichen des Aufbruchs in eine neue politische Zukunft Chiles sei.

Helmut Kohl würdigte die Absage der chilenischen Christdemokraten an den bewaffneten Kampf als Mittel der politischen Auseinandersetzung, lobte ihre Dialogbereitschaft gegenüber anderen demokratischen Parteien und die Distanzierung gegenüber allen extremen Kräften.

Kommunen im wirtschaftlichen Aufschwung

Der wirtschaftliche Aufschwung hilft den Gemeinden nachdrücklich. Die jetzt bekanntgegebenen Steuerermehreinnahmen für 1984 in Höhe von 3,5 Milliarden Mark schaffen den Städten, Gemeinden und Kreisen zusätzlichen finanziellen Handlungsspielraum.

Diese Möglichkeiten müssen jetzt für weitere Investitionen im Umweltschutz und bei der Stadt- und Dorferneuerung eingesetzt werden, um Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Viele Städte und Gemeinden sind nun wieder in der Lage, echte positive Impulse für die konjunkturelle Entwicklung zu geben, erklärte Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern. Die Entscheidung für zusätzliche Investitionen ist den Kommunen erleichtert durch die Gewerbesteuergarantie der

Bundesregierung Helmut Kohl. Sie wissen, daß sie bei der weiteren positiven wirtschaftlichen Entwicklung mit zusätzlichen Einnahmesteigerungen rechnen können.

Steuerschätzungen für die nächsten Jahre zeigen, daß die Kommunen jedes Jahr mit einem Zuwachs von rund drei Milliarden Mark Steuereinnahmen rechnen können. ■

Auch Esther Mikfeld im Frauenvorstand

In der Liste der Beisitzerinnen des neugewählten Bundesvorstandes der CDU-Frauenvereinigung (veröffentlicht in UiD Nr. 31 vom 10. Oktober 1985) wurde Esther Mikfeld (Hessen) irrtümlich nicht aufgeführt. Die Liste ist um diesen Namen zu ergänzen.

Volle Auftragsbücher, mehr Arbeitsplätze

Die Aufwärtsentwicklung unserer Wirtschaft läuft jetzt fast wie im Bilderbuch. Die neuesten Zahlen zeigen, daß über den Motor der Investitionsgüterindustrie nun auch die Konsumgüterindustrie immer stärker anläuft, stellt Hansheinz Hauser (Krefeld), stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest. Mit Produktionszuwächsen, die selbst Optimisten nicht für möglich gehalten haben, hat die deutsche Wirtschaft wieder endgültig Tritt gefaßt. Damit wird auch die polemische Miesmacherei der Gewerkschaft anhand von Daten eindeutig widerlegt.

Das Stimmungsbild bei den Unternehmen war schon seit Jahren nicht mehr so gut wie derzeit. Volle Auftragsbücher in vielen Branchen, nahezu voll ausgelastete Kapazitäten lassen jetzt auch die Beschäftigtenzahlen immer stärker steigen. Innerhalb des vergangenen Jahres wurden 165 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Der bisher vom Export getragene

Aufschwung wird jetzt durch eine immer größer werdende binnenwirtschaftliche Dynamik verstärkt. Das wird sich weiter positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken. Ende 1986 könnte es per saldo 450 000 Arbeitsplätze mehr geben. Damit scheint eine Arbeitslosenzahl von unter zwei Millionen Ende kommenden Jahres durchaus realisierbar. Der seit langem überfällige Subventionsabbau in Verbindung mit einer Senkung der Unternehmensbesteuerung und eine stärkere Umsetzung von Technologien werden diesen positiven Trend auf dem Arbeitsmarkt noch verstärken.

Fazit: Die Bundesregierung unter Helmut Kohl hat ein neues Stück Wirtschaftswunder in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland geschrieben.

1986 zum Jahr der Informationstechnik ausrufen!

Der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dieter Weirich (Eschwege) hat die Bundesregierung aufgefordert, 1986 zum Jahr der Informationstechnik auszurufen und eine breit angelegte Diskussion über eine Perspektive der Informationsgesellschaft von morgen einzuleiten. Beim Bundeskongreß der Christlichen Mediengewerkschaft in Bonn sagte Weirich, die Bundesrepublik Deutschland brauche ein langfristiges gesellschaftspolitisches Konzept, um die Chancen der Informatisierung für eine humane Gesellschaft optimal zu nutzen. Ziel müsse sein, die neuen Informationstechniken sinnvoll nutzen zu lernen, die Technikakzeptanz in der Bevölkerung durch fundierte Sachinformationen und Diskussion zu steigern und neue Märkte auf dem informationstechnischen Weltmarkt zu erschließen.

Bundesbeauftragter für Seniorenfragen ernannt

Auf Vorschlag des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, hat der CDU-Bundesvorstand den Bundestagsabgeordneten Gerhard Braun (Wermelskirchen) zum Bundesbeauftragten der CDU Deutschlands für Seniorenfragen berufen. Das Führungsgremium der Partei vollzog damit einen Beschluß des Essener Bundesparteitages vom Frühjahr.

Die Christlich Demokratische Union will die Zusammenarbeit mit der älteren Generation verstärken und organisatorische Formen für die Mitarbeit der älteren Mitbürger in den Gliederungen der Partei entwickeln.

Heiner Geißler: Kuba und Nicaragua betreiben Politik der Destabilisierung

Generalsekretär Heiner Geißler nahm an einem Kongreß der Christlichen Demokraten Lateinamerikas ODCA in Costa Rica teil, traf sich mit dem Präsidenten von El Salvador, Napoleon Duarte, und besuchte die COPEI (Christliche Demokraten in Venezuela).

Auf dem Kongreß der ODCA (Die christlich demokratischen Parteien Lateinamerikas sind mit der CDU und den anderen christlich demokratischen Parteien der Welt in der Christlich Demokratischen Internationale zusammengeschlossen) ging es vor allem um die Durchsetzung der Demokratie in Lateinamerika. Der Demokratisierungsprozeß läuft innerhalb Lateinamerikas völlig unterschiedlich ab. In diesem Prozeß versuchen die demokratischen Parteien Lateinamerikas einen Weg der Mitte durchzusetzen in einer Auseinandersetzung gegen die Oligarchie und gegen Militärdiktaturen auf der einen Seite und marxistisch-leninistischen Regimen auf der anderen Seite. Während in einigen Ländern der Demokratisierungsprozeß vorangetrieben werden konnte, ist in anderen Ländern noch kein Wandel abzusehen und haben sich die Diktaturen verfestigt. Vor der Bonner Presse erklärte Heiner Geißler:

1. Der langfristige Erfolg der Demokratie in diesen Ländern hängt auch von ihren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritten ab. Zu diesen Ländern zählen z. B. Argentinien, Venezuela, Costa Rica, Peru, El Salvador. Die europäischen Länder und die Vereinigten Staaten tragen dafür eine besondere Verantwortung.
2. Der Erfolg der Demokratie in diesen Ländern bedeutet Hoffnung und An-

sporn z. B. für die Länder, in denen der Demokratisierungsprozeß im Gange ist oder gerade beginnt, wie z. B. Brasilien, Guatemala, Uruguay.

3. Die Militärdiktaturen in Chile und Paraguay, Nicaragua und Kuba sind die Haupthindernisse für eine friedliche und demokratische Entwicklung innerhalb dieser Länder und innerhalb dieser Region.

4. Dies gilt vor allem für Mittelamerika, wo Kuba und Nicaragua eine gezielte Politik der Destabilisierung betreiben und damit beginnende Demokratisierung bzw. bestehende Demokratien gefährden.

5. Unverständlich und unverantwortlich ist unter diesem Gesichtspunkt die politische, publizistische und sonstige Hilfe, die Kuba und Nicaragua durch die Sozialistische Internationale, die SPD und die Friedrich-Ebert-Stiftung erfahren. Die Sozialistische Internationale pflegt mit dem politischen Arm der salvadorianischen Guerilla, nämlich den Sozialdemokraten unter Guillermo Ungo, freundschaftliche Beziehungen und bringt Kuba und Nicaragua, die den Terrorkrieg führen und organisieren, unverhohlene Sympathie entgegen.

In El Salvador hat sich die Strategie der von Kuba und Nicaragua unterstützten FMLN grundsätzlich verändert. Nach den beiden überzeugenden Wahlsiegen von Napoleon Duarte, der Landreform, den außen- und wirtschaftspolitischen Erfolgen sowie aufgrund der Dialogbereitschaft des salvadorianischen Präsidenten der Guerilla gegenüber, sieht sich die Guerilla mehr und mehr in die Defensive gedrängt und weicht aus diesem Grund aus in einen Terrorismus, der, wie

offen zugegeben wird, sich gezielt richtet gegen den Präsidenten Napoleon Duarte und gegen die Christlichen Demokraten in El Salvador.

Die CDU erinnert dran, daß die Guerilla vor vier Wochen in einem brutalen Gewaltakt die Tochter von Napoleon Duarte, Ines Guadalupe, und ihre Sekretärin entführt hat. Dabei wurden die beiden Leibwächter ermordet. Schon in den Monaten zuvor wurden 21 Bürgermeister, die der christlich demokratischen Partei angehören, entführt und sind bis heute verschwunden.

Die CDU hält es für einen Skandal, daß weite Kreise der deutschen und europäischen Öffentlichkeit über diese gravierenden Vorgänge offenbar zur Tagesordnung übergehen.

Die CDU fordert nachdrücklich die Regierungen, die besondere Beziehungen zu Nicaragua pflegen, nämlich Mexiko und in Europa Frankreich, auf, auf das sandinistische Regime Einfluß zu nehmen, den Terrorismus in El Salvador zu beenden und diesem Land endlich eine ungestörte, eigenständige und friedliche Entwicklung zu ermöglichen.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands unterstützt die Völker Mittelamerikas in ihrem Streben nach Demokratie und nach innerer und äußerer Selbstbestimmung. Wir sind der Überzeugung, daß nur eine demokratische Ordnung die notwendigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen bewirken kann. Demokratie und die Achtung der Menschenrechte sind entscheidende Voraussetzungen für den Abbau der inneren und äußeren Spannungen in dieser Region.

Deshalb verfolgen wir mit großer Sorge die Entwicklung in Nicaragua, wo sich das sandinistische Regime immer weiter von Freiheit und Pluralismus entfernt. Gegenwärtig verstärken sich die Anzei-

gen, daß in Nicaragua die Grund- und Freiheitsrechte mißachtet werden und daß Unterdrückung und Verfolgung herrschen. Auch in Nicaragua — wie überall in der Welt — stehen wir auf der Seite der Unterdrückten, der politisch Verfolgten und derer, die sich für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen.

Für den Nicaragua-Report, der am 29. Oktober 1985 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn stattfindet, hat die CDU Vertreter der wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen aus Nicaragua eingeladen, die über die Entwicklung in diesem Land berichten werden. In ihrem Heimatland können sie das Recht auf freie Meinungsäußerung und offene Kritik am sandinistischen Regime nicht wahrnehmen. Die CDU schafft daher mit dieser Veranstaltung ein internationales Forum, um über die wahre Lage in Nicaragua informieren zu können.

Glückwünsche für Martens

Die CDU Deutschlands gratuliert ihren belgischen Parteifreunden, die unter Führung von Premierminister Wilfried Martens bei den Wahlen erfolgreich abgeschnitten haben. Damit hat sich der politische Kurs wirtschaftlicher Solidität und der Treue zum Nordatlantischen Bündnis durchgesetzt.

Für die weitere Entwicklung eines Europa in Frieden und Freiheit ist der Wahlsieg von Wilfried Martens ein wichtiger Markstein. Der Premierminister ist von einer internationalen Öffentlichkeit her unbemerkt zu einem Eckpfeiler der Berechenbarkeit und der Zuverlässigkeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft geworden. Die Wähler haben seine Geradlinigkeit und Prinzipientreue anerkannt, stellt Heiner Geißler fest. Auch Bundeskanzler Helmut Kohl gratulierte Martens zu seinem überzeugenden Wahlsieg.

Mehr Freiheit für die Selbstverwaltung der Hochschulen

Bei der 2. und 3. Lesung der 3. Novelle zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes erklärte heute Frau Bundesminister Dr. Dorothee Wilms vor dem Deutschen Bundestag: Die dritte Novelle zum Hochschulrahmengesetz (HRG) setzt einen Markstein für die hochschulpolitische Entwicklung der Bundesrepublik.

Die Novelle zum HRG setzt in wichtigen Teilbereichen die hochschulpolitischen Perspektiven in den Rechtsrahmen der Hochschulen um. Hierbei sind besonders hervorzuheben:

1 Differenzierung der Hochschul-landschaft: Die Orientierung an dem einheitlichen Organisationsmodell der Gesamthochschule wird aufgegeben, die Stellung der Fachhochschulen wird verbessert. Jede Hochschule hat ihren je eigenen Stellenwert!

2 Stärkung der Eigeninitiative: Die Hochschule erhält mehr Freiheit bei der Gestaltung ihres Studienangebots in eigener Verantwortung.

3 Verbesserung der Hochschulforschung: Die Effizienz der Forschung in den Hochschulen wird gesteigert; hierfür sind auch Anreize für die Einwerbung von mehr Drittmitteln vorgesehen.

4 Versachlichung der Entscheidungsstrukturen: In der Hochschulselbstverwaltung soll das Gruppenprinzip ergänzt werden um das Prinzip der Fachvertretung und der größeren Verantwortung der Hochschullehrer.

5 Neuordnung der Personalstruktur: Hier werden bisherige Fehlentwicklungen durch die Schaffung eines neuen, funktionsfähigen Assistentenamtes korrigiert

und Positionen geschaffen, auf denen habilitierte Wissenschaftler unter Umständen verbleiben können.

6 Verbesserung der Situation weiblicher Wissenschaftler: Durch die Novelle werden Nachteile gemildert, die immer noch für die Wissenschaftlerinnen im Hochschulbereich bestehen. Die Hochschulen sind bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben in allen Arbeitsbereichen gehalten, auf die Beseitigung von Nachteilen für Wissenschaftlerinnen hinzuwirken.

Die HRG-Novelle erfährt in Fachkreisen große Zustimmung: Die Vorsitzenden der natur-, ingenieur- und geisteswissenschaftlichen Fakultäten haben einmütig erklärt, die Novellierung sei notwendig; sie haben sich inhaltlich dem Entwurf der Bundesregierung angeschlossen. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat in ihrer Plenarsitzung im Juli 1985 zu der jetzt vorliegenden Fassung erklärt, sie entspreche in wesentlichen Punkten ihren Vorstellungen. Damit liegt ein eindeutiges zustimmendes Votum der Repräsentanten der deutschen Hochschulen vor.

Vor diesem Hintergrund gehen die Behauptungen der Opposition ins Leere, die Bundesregierung täte nichts zur Bewältigung der aktuellen Probleme an den Hochschulen. Das Gegenteil ist richtig. Die Bundesregierung hat z. B. die Mittel für den Hochschulbau seit Amtsantritt erheblich gesteigert: von den 900 Mio. DM der SPD-geführten Bundesregierung im Jahre 1982 auf 1 200 Mio. DM pro Jahr ab 1983. Dadurch wurde es mit ermöglicht, die Hochschulen auch für die geburtenstarken Jahrgänge offenzuhalten. Der studierenden Jugend kommt dieses Geld zugute.

Das nächste Beispiel sind die Bemühungen der Bundesregierung, neue Zulassungsbeschränkungen zu vermeiden. Genannt sei hier nur das Fach Informatik, für das die Bundesregierung zusätzliche Hilfen in Höhe von 40 Mio. DM bereitstellt. Damit erhalten junge Menschen zusätzliche gute Berufschancen.

Wenn die SPD nun behauptet, die Bundesregierung wolle junge Menschen aus materiell schlechter gestellten Familien vom Studium abschrecken, so muß an die Fakten erinnert werden. Die SPD argumentiert hier gegen ihre eigene Regierungspolitik. Durch das von ihr zu verantwortende 7. BAföG-Änderungsgesetz und andere Gesetze im Jahre 1981/82 wurde ein Rückgang der Gefördertenquote von der alten SPD-geführten Bundesregierung bewußt bewirkt. Die Wirkung dieser Gesetze trat erst 1983 ein, die Ursache liegt im Jahr 1981/82. Dies will die SPD-Opposition heute nicht mehr wissen. Dagegen hat diese Bundesregierung die Mittel für die Studentenförderung stetig erhöht. Der einzelne Student hat heute durchschnittlich 14 % mehr BAföG in seiner Tasche als 1979. Es gibt auch keine Beweise dafür, daß sich die Umstellungen der BAföG-Leistungen auf Vollدارlehen bei den so großzügigen Rückzahlungsbedingungen negativ auf die Studierneigung ausgewirkt hat. Dies wird durch eine soeben abgeschlossene Untersuchung der Hochschul-Informations-System GmbH (HIS) erneut bestätigt. Von erheblicher Konsequenz sind dagegen die sich verschlechternden Berufschancen für Akademiker.

Der Rückgang der Studierneigung bei Mädchen in den Jahren 1982/83 hat genau diese Gründe. Vor allem schlechte Berufsaussichten für Lehrer schlagen hier durch. Deshalb müssen wir alle mit dafür sorgen, daß den jungen Frauen weitere Studien- und Ausbildungsbereiche, auch in techniknahen Bereichen de facto mehr als bisher offenstehen.

Ignaz Kiechle: Weg von den Überschüssen

Wir müssen weg von den sinnlosen, unverkäuflichen und den gemeinsamen Agrarmarkt finanziell ruinierenden Überschüssen, forderte Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle in Bonn.

Bei einem Kolloquium des Dachverbandes wissenschaftlicher Gesellschaften der Agrar-, Forst-, Ernährungs-, Veterinär- und Umweltforschung über die künftige Ausrichtung der EG-Agrarpolitik wandte er sich gegen die Brüsseler Überlegungen, dieses Ziel auf dem Weg über drastische Preissenkungen anzustreben. Wer den Weltmarktpreis zur Meßlatte für die europäische Agrarpolitik machen wolle, übersehe, daß dieser nicht einmal den viel besser strukturierten amerikanischen Farmern eine Existenzgrundlage bietet, sondern zu Tausenden von Pleiten geführt habe.

Der Minister sprach sich dafür aus, die Produktionsmengen zurückzuführen, um preis- und einkommenspolitischen Spielraum zurückzugewinnen. Bei Getreide bedeute dies, anstatt der Massenproduktion verstärkt die Qualität zu fördern, wieder mehr eigenes Getreide zu verfütern und alle möglichen Anbaualternativen aufzugreifen; dazu gehörten Eiweißfuttermittel ebenso wie Rohstoffe für den chemisch-technischen Bereich, Naturfasern, Stärke und Agraralkohol. Auch freiwillige Betriebs- und Flächenstillegungen dürften kein Tabu sein. Diese könnten nach Kiechles Ansicht zum Beispiel im Rahmen eines Programms zur vorzeitigen Betriebsaufgabe in Form einer Rentenregelung durchgeführt werden. Nach ersten Berechnungen würden diese Alternativen dazu beitragen, den für 1990/91 in der EG auf rund 13 Millionen Tonnen geschätzten nicht vermarktbareren Getreideüberschuß um etwa acht Millionen Tonnen abzubauen.

Der nächste Bundesparteitag findet vom 6. bis 8. Oktober 1986 in Mainz statt

Auf seiner Klausurtagung im pfälzischen St. Martin hat der CDU-Bundesvorstand beschlossen, den nächsten Bundesparteitag der CDU Deutschlands nach Mainz einzuberufen, und zwar für die Zeit vom 6. bis 8. Oktober 1986. Das Führungsgremium der Partei billigte außerdem die Planung für eine Reihe von Kongressen, auf denen sich die CDU im Laufe der nächsten Monate wichtigen Sachthemen zuwenden will.

Übersicht über Kongresse und Konrad-Adenauer-Haus-Gespräche bis Ostern 1986

Kongresse:

1. Nicaragua-Report
Wie frei ist Nicaragua?
am 29. Oktober 1985 in Bonn
2. Wirtschaftspolitischer Kongreß
Fortschritt für mehr Beschäftigung
am 28. November 1985 in Osnabrück
3. Rechtspolitischer Kongreß

Die Menschenwürde als Maßstab der Rechtspolitik

am 24./25. Januar 1986 in Karlsruhe

4. Internationaler außen- und sicherheitspolitischer Kongreß

SDI und die Zukunft unserer Sicherheit
Januar 1986 in Bonn

5. Seniorenkongreß

Die Lebenssituation der älteren Mitbürger

Februar 1986 in Bonn

6. Kulturpolitischer Fachkongreß

März 1986 in Berlin

Konrad-Adenauer-Haus-Gespräche

1. Ja zur Freiheit nein zur Bundeswehr?
Wehrdienst als Bürgerpflicht oder Pflichtübung?
7. Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch am 7. November 1985
2. Stellt sich die Neue Soziale Frage neu?
8. Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch im Dezember 1985

TERMINE

- 18./19.10. LV Rheinland
40. Landesparteitag, Düsseldorf
- 18.10. BV Nordwürttemberg
Bezirksvorstandssitzung, Stuttgart
- 18.10. LV Hessen: Union der Vertriebenen
Vorstand, Wiesbaden
- 19.10. Exil-CDU
Hauptvorstandssitzung, Berlin
- 19.10. Junge Union Hessen
Landesausschuß, Oberursel
- 20./26.10. Exil-CDU
Deutschlandpolitisches Seminar,
Berlin

21.10. LV Hessen
Kreisgeschäftsführerkonferenz,
Limburg

21.10. CDU Hessen
Landesvorstand, Limburg

24.10. **MIT Bund**
Fachkongreß für den industr.
Mittelstand, Bonn

25./26.10. LV Baden-Württemberg
22. Landesparteitag, Balingen

25.10. LV Berlin
Vorstand (+ MdB) und Landes-
ausschuß, Berlin

26.10. EAK Hessen
Landestagung, Hanau

26.10. Frauenvereinigung Westf.-Lippe
Landesdelegiertentag u. Neu-
wahlen

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

30 Jahre Bundeswehr



Alle reden
vom Frieden –
unsere Soldaten
sichern ihn

30 Jahre Sicherheit in Frieden und Freiheit

Unsere Bundeswehr feiert ihren 30. Geburtstag. Wir danken den Soldaten der Bundeswehr, die seit 30 Jahren für uns die Freiheit sichern und den Frieden wahren. Sie schützen auch die Freiheit derer, die den Wehrdienst verweigern.

Unsere Bundeswehr ist ein geachteter Partner im Bündnis. Gemeinsam mit unseren Freunden im freien Westen sichert sie den Frieden in Europa. Unsere Verbündeten wissen, daß sie sich wieder auf uns verlassen können.

Dienst in der Bundeswehr ist Friedensdienst. Mehr als 5,5 Millionen junge

Männer haben seit 1955 in der Bundeswehr gedient. Ihnen und ihren Familien gehört heute unsere besondere Achtung und unser Dank für ihren hohen Einsatz.

„Ein Volk, das nicht zur Verteidigung entschlossen ist, verspielt mit der Freiheit auch den Frieden. Wir müssen uns mehr als bisher anstrengen, vor allem die jungen Bürger vom Sinn der Verteidigung und der Bundeswehr zu überzeugen.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl am 13. Oktober 1983 im Deutschen Bundestag)



UId

32/85

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjke. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: WA-Druck, Düsseldorf.